

Frage nach dem rechten Maß

In der Kommunalpolitik ist die Verabschiedung eines Haushaltes zentraler Punkt im Jahreskalender. Das gilt für Gemeinderäte gleichermaßen wie für den Kreistag des Landkreises. Zentral ist die Beschlussfassung zum einen, weil mit dem Etat die Aufgaben eines Jahres konkretisiert und mit Finanzmitteln ausgestattet werden, zum anderen, weil der Haushalt Gemeinderäten und Kreisräten Gelegenheit gibt, sich zum Grundsätzlichen der Politik zu äußern.

Im Kreistag ist ein regelmäßig, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität auftauchender Schwerpunkt die Debatte um die Kreisumlage. Diese bezahlen Städte und Gemeinden für die Aufgaben, die der Landkreis statt ihrer zentral erledigt. Die Kreisumlage bindet die kommunale Familie aneinander. Ohne sie hätte der Landkreis das Geld nicht in ausreichendem Maß, das er in der Jugendhilfe oder beim Schulhausbau, beim Nahverkehr oder dem Straßenbau benötigt. Ohne den Landkreis müssten die Gemeinden viele komplexe Aufgaben übernehmen, die ihre Verwaltung vergrößern und das Ganze verteuern würden.

Der Kampf ums rechte Maß der Abgabe in dem von den Bürgermeistern dominierten Kreistag zeigt, dass die Befindlichkeiten der Gemeinde und die Erfordernisse des Landkreises nicht immer einfach zu vereinbaren sind. Insbesondere gilt dies, wenn die Finanzsituation etwas schwierig ist – wie im aktuellen Fall. madl



ZUSTIMMUNG zum Kreishaushalt gab es gestern in Wössingen von der großen Mehrheit des Kreistages. Das Etatpaket wurde nach intensiver Debatte um die Höhe der Kreisumlage geschnürt. Foto: Aläbisio

Sozialtransfers steigen weiter

Kreistag beschließt Haushalt 2016 / Kreditrahmen wird ausgeschöpft

Von unserem Redaktionsmitglied Matthias Kuld

Walzbachtal. Der Kreistag hat in Wössingen gegen die Stimmen der Grünen mit großer Mehrheit den knapp 500 Millionen umfassenden Haushalt des Landkreises für 2016 beschlossen. Vorausgegangen waren die Stellungnahmen der Fraktionen. Ein Schwerpunkt war dabei das Flüchtlingsthema, wobei alle Sprecher die Arbeit der Verwaltung lobten. Zweites zentrales Thema war die Kreisumlage. Die Verwaltung hatte vorgeschlagen, diese auf 30,5 Punkte der Steuerkraftsumme von Städten und Gemeinden anzuheben. CDU und SPD, für die die Fraktionsvorsitzenden Ulli Hockenberger und Markus Rupp – beide kandidieren im selben Wahlkreis für den Landtag – sprachen, setzten letztlich 30,0 Punkte durch. Der Verwaltungsvorschlag lag bei 30,5 Punkten. Dies bedeutet für die Verwaltung 2,5 Millionen

Euro weniger Einnahmen. Der notwendige Ausgleich erfordert zweierlei: Zum einen muss der Kreis seinen Kreditrahmen von gut 26 Millionen Euro voll ausschöpfen, zum anderen ist damit eine „globale Minderausgabe“ von gut einer Million Euro erforderlich, für die Landrat Christoph Schnaudigel Vorschläge einforderte. Die Grünen hatten eine Anhebung auf 31,5 Punkte gefordert.

Der Haushalt beinhaltet auch eine neue Grenze für Kassenkredite, die die Liquidität der Landkreisverwaltung sichert. Sie wurde von 30 auf 80 Millionen Euro erhöht und dürfte nach Einschätzung des Landrats bis zu einer Höhe von 70 Millionen Euro in Anspruch genommen werden. Die Kreditaufnahme ist mit gut 26 Millionen Euro beschlossen worden. Der Schuldenstand erhöht sich auf 115 Millionen.

Die rund 20-prozentige Steigerung des Haushaltsvolumens gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf die neue

zentrale Aufgabe des Landkreises, die Flüchtlingsunterbringung, zurückzuführen. Hierfür sind 88,5 Millionen vorgesehen. Das Land hat die Erstattung der Kosten für die vorläufige Unterbringung der Asylbewerber zugesagt. Umstritten war in den Fraktionsreden allerdings, was dort alles hineingerechnet wird und wann die Zahlungen erfolgen. Stark steigen erneut auch die Ausgaben im Sozialhaushalt an. Fast 241 Millionen Euro sieht der Landkreis für Transferaufwendungen etwa in Eingliederungs- und Jugendhilfe vor.

Die Investitionen wurden gegenüber dem Vorjahr um 10,5 auf 25,7 Millionen Euro gesteigert – allerdings um den Preis neuer Schulden. 11,3 Millionen wandern in den Erwerb und den Umbau weiterer Gemeinschaftsunterkünfte für Flüchtlinge, 2,1 Millionen werden für den Brandschutz an der Ludwig-Guttman-Schule Langensteinbach aufgewandt.

Zitate

„Niemand wird dadurch fett, aber beide bleiben handlungsfähig.“
Markus Rupp (SPD) mit Blick auf Landkreis und Gemeinden sowie seinen Vorschlag über die Höhe der Kreisumlage

„Angesichts der schwierigen Beratungen stellen wir die Halle entgeltlos zur Verfügung – aber wir haben eingeeizt.“
Walzbachtals Bürgermeister Karl-Heinz Burgey

„Ich mahne eine moralische Konnektivität an.“
Ulli Hockenberger (CDU) zur Bewältigung der Flüchtlingsproblematik

„Die Verschuldung des Landkreises ist die Kreisumlage von morgen.“
Günther Johs zitiert ein Mitglied des Gemeinderates von Linkenheim-Hochstetten

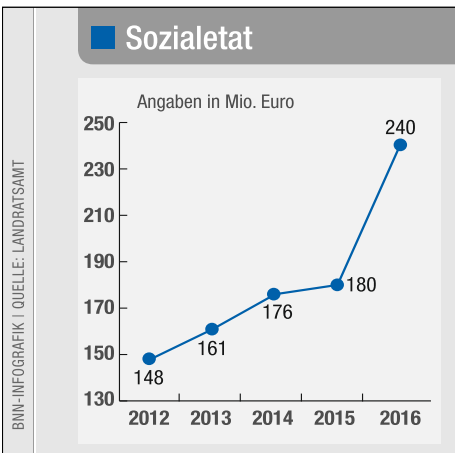
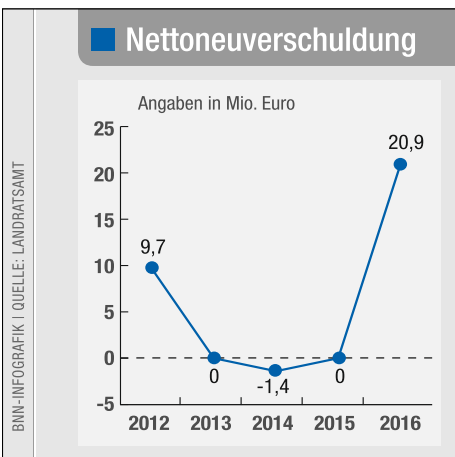
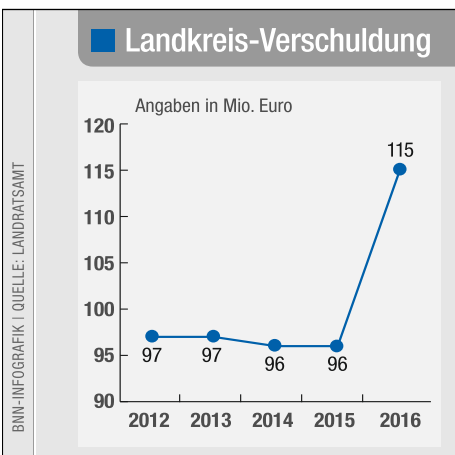
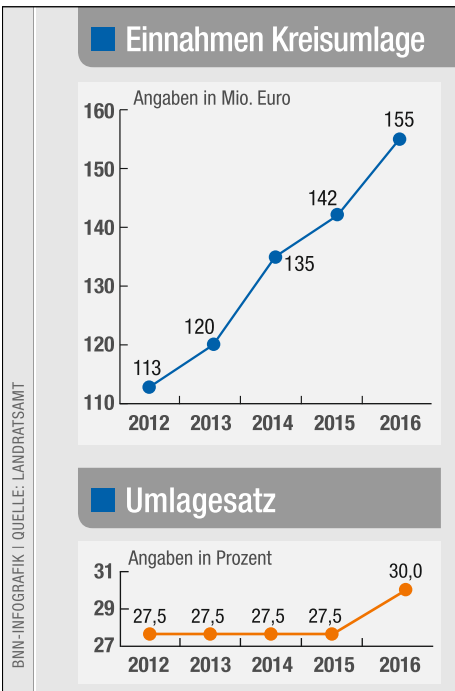
„Wir werden dem Haushalt in der vorliegenden Form nicht zustimmen, da wir die unsolide Finanzpolitik des Landkreises nicht unterstützen möchten.“
Inge Ganter (Grüne)

„Das wird weitere Einschnitte bedeuten.“
Landrat Christoph Schnaudigel mit Blick auf „globale Minderausgabe“ des Haushaltsbeschlusses

„Eine Krücke.“
Der Landrat zum gleichen Sachverhalt

„In guten Jahren werden die öffentlichen Haushalte ruiniert.“
Jürgen Wacker (FDP), der Fehler bei der Haushaltskonsolidierung in der Vergangenheit sieht

„Ob wir das Bestellvolumen werden aufrechterhalten können, wird Gegenstand intensiver und konfliktbedingender Beratungen sein.“
Ulli Hockenberger zur Finanzierung und zum Angebot des öffentlichen Nahverkehrs



„Pakt für bezahlbaren Wohnraum“ in der Region

Auszüge aus den Fraktionsreden / Medizinische Versorgung und neue ÖPNV-Projekte unter den Themen

CDU

Ulli Hockenberger: „In den zurückliegenden Jahren war unser Klinikbetrieb Gegenstand intensiver und teilweise auch heftiger Diskussionen. Wir konnten erfolgreich eine neue Unternehmensstruktur etablieren und neben organisatorischen Änderungen in den zentralen Diensten haben sich inzwischen die Etablierung der medizinischen Fachgruppen und des medizinischen Fachbeirats bewährt. Diese garantieren eine fachliche Umsetzung und Weiterentwicklung strategischer und medizinischer Themen im Klinikalltag. Wir freuen uns, dass die Kliniken im zweiten Jahr nacheinander ein positives Ergebnis erwirtschaften. Unser Ziel als CDU war es immer, auch in Zukunft eine flächendeckende dezentrale und wohnortnahe medizinische Versorgung zu gewährleisten. Die Umsetzung dessen, was wir als einheitliches Plankrankenhaus bezeichnen, zeigt genau in diese Richtung.“

Die von uns beschlossene Finanzierungsverpflichtung von zunächst 2,9 Millionen Euro über 4,25 Millionen Euro zeigt, dass wir einen soliden finanziellen Beitrag zur Stabilisierung unserer Kliniken leisten. Wenn man Berichte aus anderen Landkreisen liest und die dortigen Sorgen kennt, darf man noch einmal zufrieden zur Kenntnis nehmen, dass wir im Landkreis Karlsruhe die Weichen richtig gestellt haben.

Immer wieder sind wir der Frage nachgegangen, ob es Doppelstrukturen gibt, die abgebaut werden müssen, um Kosten zu begrenzen. Ob Freiwilligkeitsleistungen und Pflichtleistungen nicht stärker gegeneinander abgegrenzt werden können. Es ist uns nicht gelungen, und unsere Überlegungen, diese Strukturen einmal grundsätzlich in Frage zu stellen, haben kein nachhaltiges Echo gefunden. Und wenn die Kreisverwaltung dann schon einmal Vorschläge zur Einsparung macht, dann finden die in den

Kreisgremien mitunter keine Mehrheit. Die Wahrheit ist halt immer ganz konkret, und da wird es dann schwierig. Das will ich durchaus selbstkritisch anmerken.“

Freie Wähler

Günther Johs: „Im Ergebnishaushalt bleiben trotz eines Hebesatzes von 30,5 Prozent als Kreisumlage knapp 100 000 Euro als Überschuss zur Finanzierung der Investitionen von rund 25 Millionen Euro, die letztlich als neu aufzunehmende Kredite ausgewiesen sind. Der Kreis wird sich um weitere 20 Millionen Euro auf rund 115 Millionen verschulden – eine Kreditsteigerung um über 20 Prozent.“

Dass zusätzlich noch der Kassenkredit, also mehr oder weniger die Vorauszahlungen auf spätere Einnahmen, auf 80 Millionen steigen muss, damit der Landkreis zahlungsfähig bleibt, ist schlichtweg der Hammer und nicht zuletzt den Vorableistungen im Asylbereich geschuldet. Das Land hält das Geld zurück, um eine „schwarze Null“ vorzuweisen und haut die in die Pfanne, die nicht nur die Schlafmützigkeit von Bund und Land auslöffeln, sondern zusätzlich in die Verschuldung gehen. Auch meinen Kollegen in der Fraktion tut die Erhöhung der Kreisumlage in ihren kommunalen Haushalten weh. Aber wir sehen die Notwendigkeit.“

Aus meiner persönlichen Sicht wären sogar 35 Prozentpunkte die zwingende Forderung an den Kreistag gewesen. Das hätte uns die Neuverschuldung erspart und wir hätten den Kassenkredit auf 50 Millionen begrenzen können. Der Kreishaushalt weist allein für den Asylbereich ein Volumen von rund 100 Millionen Euro auf. Da wir wissen, dass für 2013 die Forderungen nicht ausgeglichen werden, stehen für das kommende Jahr schon zwei Millionen als Abschreibung fest. Und wenn wir für die Folgejahre nur mit 80 Prozent unserer Aufwendungen bedient werden, fehlen weitere sieben Millionen, die letztlich

über die Kreisumlage finanziert werden müssen.“

SPD

Markus Rupp: „Wir müssen Politik für alle machen, für alle, die auch im Landkreis unsere Hilfe brauchen. Der Wohnungsmarkt ist für uns das klassische Beispiel dafür. Es ist kein Geheimnis: Bezahlbarer Wohnraum war schon vor der Flüchtlingswelle knapp – zumal in der boomenden Region Karlsruhe. Längst nicht mehr nur im Ballungsraum, längst nicht mehr nur für geringverdienende Menschen. Deshalb haben wir als SPD-Kreistagsfraktion bereits im März des vergangenen Jahres beantragt, der Landkreis möge einen ‚Runden Tisch Sozialer Wohnungsbau‘ einberufen (was auch geschehen ist), der Regionalverband möge Strategien entwickeln, wie zusätzliche Flächen für günstige Wohnungen geschaffen werden können (ein erstes Symposium hat stattgefunden). Lasst uns nun einen ‚Pakt für bezahlbaren Wohnraum‘ im Landkreis Karlsruhe schließen – so wie beim Internet. Wir müssen die Versäumnisse der Vergangenheit aufholen, dafür sorgen, dass Fördermittel weiter aufgestockt, steuerliche Anreize für Investoren geschaffen werden. Und vor allem schnell gebaut und deshalb das Baurecht und die Raumplanung gelockert wird. Wir als SPD wollen eine Wohnungsbau-Gesellschaft oder Genossenschaft des Landkreises für den Sozialen Wohnungsbau. Denn die Frage des bezahlbaren Wohnraums ist in unseren Augen die soziale Messlatte der kommenden Jahre und Jahrzehnte.“

werden können (ein erstes Symposium hat stattgefunden). Lasst uns nun einen ‚Pakt für bezahlbaren Wohnraum‘ im Landkreis Karlsruhe schließen – so wie beim Internet. Wir müssen die Versäumnisse der Vergangenheit aufholen, dafür sorgen, dass Fördermittel weiter aufgestockt, steuerliche Anreize für Investoren geschaffen werden. Und vor allem schnell gebaut und deshalb das Baurecht und die Raumplanung gelockert wird. Wir als SPD wollen eine Wohnungsbau-Gesellschaft oder Genossenschaft des Landkreises für den Sozialen Wohnungsbau. Denn die Frage des bezahlbaren Wohnraums ist in unseren Augen die soziale Messlatte der kommenden Jahre und Jahrzehnte.“

FDP

Jürgen Wacker: „Bei Betrachtung der Aufgaben bei Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern lassen sich die im Haushaltsentwurf vorgesehenen Ausgaben nur wenig reduzieren. Wir müssen genügend Hausmeister, Sozialarbeiter, Verwaltungsangestellte anstellen, um das Zusammenleben innerhalb der Gemeinschaftsunterkünfte so reibungslos als möglich zu gestalten. 15,8 Millionen Euro schuldet das Land dem Kreis Karlsruhe allein für 2014 und 2015. Viele Entscheidungen müssen im Nachhinein korrigiert werden, da von Seiten des Bundes und des Landes finanzielle Zusagen nicht eingehalten wurden. In diesem Jahr werden wir 10 000 Flüchtlinge im Kreis Karlsruhe aufnehmen. Die Städte und Gemeinden sind jetzt schon strukturell und finanziell überfordert.“

Die Grünen

Inge Ganter: „Beim öffentlichen Personennahverkehr herrscht nach der Einigung mit der AVG und der Stadt Karlsruhe wieder Planungssicherheit. 2015 haben mehr Menschen als je zuvor den ÖPNV genutzt. Die Gewissheit, Geld sinnvoll ausgegeben zu haben, ist beim ÖPNV erheblich größer als bei manchen

Straßenbauprojekten, über die wir in der jüngsten Vergangenheit geredet haben. Im September einigten sich Bund und Länder darauf, das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz weitere 15 Jahre fortzuführen.“

Das eröffnet uns die Perspektive, neue Projekte ins Auge zu fassen. Zwei sehen wir im Vordergrund: Strecke Bretten – Bruchsal (S 9): Erhöhung der Bahnsteige auf allen Bahnhöfen und Haltepunkten. Dies ist die bauliche Voraussetzung für eine Flügelfung der Rhein-Neckar-S 3 in Bruchsal. Ein Ast nach Karlsruhe, ein Ast nach Bretten. Der östliche Landkreis bekommt damit eine optimale Anbindung an den Rhein-Neckar-Raum auf der Schiene. Die Verlustängste der Bevölkerung im Zusammenhang mit dem Wegfall des Regionalexpress Heidelberg – Stuttgart wären behoben.“



Inge Ganter



Ulli Hockenberger



Markus Rupp



Günther Johs



Jürgen Wacker